

\*\* New-Orleans, 13. März. Ein Offizier eines englischen Handelschiffes wurde während der Ruhestunden erschossen; es herrscht große Aufregung. Die erste Brigade der Miliz, in Stärke von 1000 Mann, ist einberufen.

### Deutscher Reichstag. Sitzung vom 12. März.

Die Beratung des Postetats wird beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ fortgesetzt.

Abg. **W. v. B.** (freil. Bp.) beschwert sich darüber, daß die preussische Eisenbahnverwaltung wichtige Postanschlußzüge habe eingehen lassen und zwar im Verkehr von Berlin nach Südwestdeutschland.

Direktor im Reichspostamt **Fritsch**: An Bemühungen im Interesse des Verkehrs haben wir es nicht fehlen lassen, wir werden auch diese Bemühungen beim preussischen Herrn Eisenbahnminister erneuern. Aber wir können doch die Eisenbahnverwaltung nicht zwingen, die finanziellen Interessen, zumal bei der jetzigen Finanzlage, hinter die des Verkehrs treten zu lassen. Die Sache gehört mehr vor das preussische Abgeordnetenhaus als hierher.

Abg. **W. v. B.** (Soz.) verlangt die Beschränkung der Paketbestellung an Sonntagen. Tatsächlich verlange Niemand ein absolutes Verbot der sonntäglichen Postbestellungen, aber die Forderung sei doch berechtigt, die Paketbestellung auf das dringendste Bedürfnis zu beschränken. Gesetze dies, so würde auch die Paketabsendung am Sonnabend nachlassen, der Verkehr würde sich also einfach auf die Beschränkung der sonntäglichen Bestimmungen einrichten, wie dies in England und Amerika geschehen sei. Redner unterstützt den Wunsch, die Schalter am Sonntag nachmittag nicht mehr zu öffnen, und verbreitet sich dann über die ungünstige Lage der Posthilfsboten. Trete ein solcher mit 20 Jahren in Dienst, so erlange er überhaupt erst mit 30 Jahren Aussicht auf eine feste Anstellung. Ihnen bei der Beschließung Hindernisse in den Weg zu legen, wie sie Direktor **Fritsch** gestern zu rechtfertigen versucht habe, verbiete sich schon im Interesse der Sittlichkeit. Die Gründe, welche Herr v. Stephan gegen Erhöhung des Maximalgewichts für einfache Briefe geltend machte, seien nicht stichhaltig, denn eine solche Verkehrsvereinfachung könne doch selbst durch einen Einnahmeausfall von einer Million nicht aufgewogen werden. Nach Zeitungsberichten solle auf der nächsten Konferenz des Weltpostvereins die Erhöhung des Maximalgewichts für einfache Briefe auf 20 Gramm beantragt werden. Soll wirklich, wie es heißt, der Staatssekretär beabsichtigen, diesen im Interesse einer Erleichterung des Weltverkehrs liegenden Antrag zu bekämpfen? Endlich wünscht Redner noch Herabsetzung des Berliner Stadtportos.

Staatssekretär **v. Stephan**: Bezüglich der Sonntagruhe habe er gestern ja schon seine Bereitwilligkeit erklärt, zu erwägen, inwieweit eine weitere Beschränkung der Paketbestellung an Sonntagen möglich sei. Gegen die Aufhebung der Nachmittags-Schalterstunden am Sonntag von 5 bis 7 Uhr hätten sich auf Befragen zahlreiche Interessen erklärt. Was das Heiraten der Posthilfsboten betreffe, so handle es sich gar nicht um einen allgemeinen Erlaß, sondern nur um ein Vorgehen der Oberpostdirektion. Tatsache sei allerdings, daß schon 19- bis 20jährige Posthilfsboten heirateten, selbst solche, die nur stundenweise beschäftigt seien. Uebrigens seien im Vorjahre 200 Posthilfsboten schon nach 7jähr. Dienstzeit angestellt worden. Der Zinssfuß von 5 Proz., den die Unterbeamten an den Postvorschußverein zahlen müßten, sei nicht zu hoch. Der Ausfall bei einer Gewichtserhöhung für einfache Briefe würde nicht eine, sondern 3 bis 4 Millionen betragen. Glaube

Webel, daß im Bundesrate auch nur ein einziges Mitglied sich befände, welches diese 3 bis 4 Mill., dazu noch 5 Millionen Ausfall an Telephongebühren und 2 Millionen Ausfall an Stadtpostgebühren, also zusammen 11 Millionen, bei der gegenwärtigen Finanzlage aufgeben würde? Davon, daß bei dem nächsten Weltpostkongreß in Washington ein Antrag beabsichtigt wäre und angekündigt sei auf Erhöhung des Gewichtsmaximums für einfache Briefe, habe er noch nichts vernommen. Wenn irgendwo eine solche Absicht vorläge, müßte er schon davon gehört haben. Endlich bekämpft der Staatssekretär noch das Verlangen nach Herabsetzung des Stadtbriefportos in Berlin.

Abg. **Schulz-Lupitz** (Rp.) legt dar, daß der Vorschlag **Schoenlank's**, altgedienten Unterbeamten Agenturen auf dem Lande zu geben, höchst unpraktisch wäre. Die Unterbeamten wollten überhaupt von der Art, wie ihre Interessen von den Sozialdemokraten vertreten würden, nichts wissen, und ebenso wie die Unterbeamten in Treue fest bleiben, so auch die Bauern. Alles Hezen nütze den Sozialdemokraten auf dem Lande nicht.

Abg. **Schmidt-Eberfeld** (freil. Ber.) wendet sich gegen die Berechnung des Staatssekretärs hinsichtlich des eventuellen Ausfalls an Telephongebühren usw. Er bemerkt, daß jede Verkehrsvereinfachung auch eine Verkehrsvermehrung mit sich zu bringen pflege. Entschieden entgegenzutreten müsse er einer Anbeutung des Staatssekretärs, wonach eine Hebung der Fernsprecheinahmen erst bei Einführung eines Gesprächszählers zu erwarten wäre; ein solcher Gesprächszähler würde der schlimmste Rückschritt sein, der sich denken läßt. Redner fragt ferner an, wie sich der Erlaß begründen läßt, wonach der Inhaber einer Fernsprecheinrichtung dieselbe nur in eigenen Angelegenheiten soll benutzen dürfen. Was gebe das für eine unelidliche Kontrolle, wenn Jeder, der sich verbinden läßt, genötigt sei, daß der Beamte zunächst sein Gespräch mit anhört, um zu erfahren, ob das Gespräch in eigenen Angelegenheiten des Sprachenden erfolgt. Der Staatssekretär möge die Zurücknahme dieses Erlasses veranlassen.

Direktor im Reichspostamt **Scheffler** bezweifelt, daß es bei Herabsetzung der Fernsprechggebühren ohne größere Einnahmeausfälle abgehen würde, da sich auch die Ausgaben unverhältnismäßig steigern würden.

Damit schließt die Debatte und das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Die Resolution betreffend Paketbestellung an Sonntagen wird angenommen.

Es folgt Titel 2. Zu den bisherigen 3 Direktoren mit je 15 000 M. Gehalt tritt nach der Vorlage ein Unterstaatssekretär hinzu mit 20 000 M. Gehalt. Die Kommission beantragt, den Unterstaatssekretär zu streichen. Ein Antrag v. **Leipziger**, Dr. **Vieber** und **Reindl** geht dahin, den Unterstaatssekretär sowie 2 statt 3 Direktoren zu bewilligen. Gleichzeitig mit zur Beratung wird eine von der Kommission beantragte Resolution gestellt, wonach im nächsten Etat den durch die Dienstalterstufen geschädigten Beamtenklassen die Gehaltsstufen so erhöht werden sollen, daß eine solche Schädigung vermieden werde.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** warnt davor, daß der Reichstag entgegen den Vorschlägen der Regierung Gehaltsaufbesserungen beschleße. Wenn der Reichstag namentlich für einzelne besonders aufgeführte Beamtenkategorien solche Gehaltsaufbesserungen beschleße, so würde auch die Disziplin bei den Beamten erschüttert werden, indem Letztere zu der Annahme gebracht würden, daß ihre Interessen nicht genügend seitens der Regierung selber

gewahrt würden; das sei aber um so bedenklicher in den jetzigen Zeiten, wo die Regierung ihre Beamten in der Hand haben müsse.

Abg. **Singer** (Soz.): Wenn die Regierung es mit ihrer Pflicht für vereinbar hält, Beamte, die 650 bis 900 M. Gehalt beziehen, in den Bezug des Höchstgehalts erst nach 21 Jahren gelangen zu lassen, so muß eben der Reichstag eintreten. Der Reichstag hat den Reichskanzler aufgefordert, die Dienstalterstufen bei der Postverwaltung so durchzuführen, daß die Beamten nicht geschädigt werden. Daß die verbündeten Regierungen diese Resolution nicht beachten, ist wirklich nur bei uns möglich.

Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Es könne nicht eine Beamtenklasse zu sehr vor anderen begünstigt werden. Er habe vorhin nur staatsrechtliche Bedenken dagegen geltend gemacht, daß die Kommission die Etatsansätze für eine bestimmte Beamtenklasse erhöht habe. Die Kommission selber habe ja schon durch Referenten erklären lassen, daß sie selber dies für ein Verfahren halte, welches sich nicht wiederholen dürfe.

Hierauf vertagt sich das Haus.  
Morgen: Initiativanträge. Antrag Rife, Kündigung des argentinischen Handelsvertrages.

### Sitzung vom 13. März.

Vor der Tagesordnung erklärt **Gamp** (Rp.), er habe neulich bei Beratung der Anträge, betreffend Verbot der Juden-Einwanderung, nur aus zwingenden Gründen gefehlt, er würde aber selbstverständlich gegen die Anträge gestimmt haben.

Zur Beratung steht der Antrag **Schl** zu **Herrnsheim** (nat.-lib.): „Der Reichstag wolle die verbündeten Regierungen ersuchen, den Handelsvertrag mit Argentinien zu kündigen.“

Abg. **Heyl** zu **Herrnsheim**: Im Jahre 1891 sagte **Grap**, gegen Ueberschwemmungen mit Getreide seien wir immer noch durch den 3/4 M. Zoll geschützt. Das ist aber nicht richtig; auch hat es sich nicht bestätigt, daß die Handelsverträge unsere Handelsbilanz bessern würden, diese hat sich vielmehr verschlechtert auf Kosten der Landwirtschaft. Namentlich hat dazu das argentinische Getreide beigetragen. Einzelne meiner Freunde meinen, daß wir Argentinien nicht die Meistbegünstigung gewähren dürfen, nachdem Argentinien uns gegenüber seine Zölle erhöht. Andere Unterzeichner des Antrages, und dazu gehöre ich, meinen, daß wir der Ueberschwemmung mit überfremdem Getreide, abgesehen von dem nordamerikanischen entgegenzutreten und mit Argentinien den Anfang machen müssen; indisches und australisches Getreide würde später nachzuzufolgen haben. Einem Weltmarktpreis, wie er sich jetzt bildet durch die Konkurrenz des argentinischen, indischen, australischen und russischen Getreides kann sich Deutschland auf die Dauer nicht unterwerfen.

Abg. **Frese** (freil. Ber.): Die Beunruhigung, welche durch die Einbringung dieses Antrages veranlaßt worden ist, ist so groß, daß eine Erklärung der Regierungen allerdings dringend notwendig ist. Ein Wollzoll gegen Argentinien würde nur unserer Textilindustrie schaden. Wir exportieren nach Argentinien für 80 Mill. Mark, abgesehen von deutscher Ware, die über Frankreich geht. Argentinien würde sicher sofort, wenn diesem Antrage Folge gegeben würde, Ursprungszeugnisse verlangen und der Export nach Argentinien ist von 1885 bis 1893 um 24 Proz. gestiegen, der englische nur um 6 Proz. (Hört, hört!) Der Antrag bezweckt offenbar auf Quebracho einen Zoll. Ein solcher Zoll würde aber unsere Lederindustrie sehr schädigen. Unsere Rhebereien in Bremen und Hamburg haben sich auf den Handel gerade mit jenen Ländern ganz besonders eingerichtet

### Margarethe.

Original-Roman von M. W. B. d. B. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Wenn man sonst ihren Besuch erwartet, so fand sie das Stübchen noch im festlichen Schmuck; war es Sommer, so hatte lieb Väterchen wohl seine schönsten Gartenflora hergegeben, kam sie im Winter, so mußten die Blumentöpfe, die an den Fenstern des Wohnzimmer prangten, hinaufwandern in das Stübchen seines Sonnenstrahls. Heute fehlte dem kleinen Raum diese Pflanze; der, welcher immer zuerst daran gedacht hatte, jedes freudige Ereignis im Hause auch äußerlich durch Blumen zu feiern, lag nun starr und kalt in seinem Grabe, und die Mutter — ?

Aber die junge Frau war seit ihrem Hiersein immer so in Angst und Aufregung, daß es ihr gar nicht einmal aufgefallen, was dem Stübchen fehlte, und auch jetzt sah sie beide zugleich, ihre Augen glitten von einem zum anderen — keiner zeigte ihr die Handschrift ihres Vaters — der erste die unsicheren Züge einer nicht schreibgewohnten Frauenhand, der zweite festere, sichere, männliche Züge. Sie erbrach den ersten, er war von Rösschen, wie sie sich bereits gedacht. Das junge Mädchen schrieb:

„Liebe, liebe gnädige Frau!“

Ich habe Ihnen versprochen müssen, gleich zu schreiben, wenn hier etwas vorgefallen sollte, und nun ist etwas geschehen, was ich Ihnen mitzuteilen habe. Gestern Mittag ließ der Herr anspannen und fuhr aus — daran war nun nichts Außergewöhnliches — aber, gnädige Frau, er kam auch nicht wieder, nur der Wagen, und der Ratsher

sagte, er habe den Herrn bis zum A-er Bahnhof fahren müssen, und er meinte, wie der Herr ausgestiegen, sei er ihm ganz sonderbar erschienen, er hätte fortwährend geglaubt, und die Leute hätten sich erstaunt nach ihm umgesehen.

Im Contor sind sie sehr in Aufregung gewesen, daß der Herr gar nicht wiederkam und heute ist nun ein Belfaue im Hause, das gar kein Ende nimmt, so viel fremde Leute kamen und kamen immer wieder und fragten, wo denn die gnädige Frau sei, und sie machten so häßliche Bemerkungen dabei, daß mir ganz angst wurde und ich mir gleich vornahm: du schreibst an die gnädige Frau, sie möchte, wenn es irgend angeht, sofort zurückkommen, dann sehen die Leute ja, daß Sie — aber wozu soll ich Ihnen wiederholen, was sie Abscheuliches reden.

Und nun bitte, gnädige Frau, kommen Sie, wir wissen hier alle weder aus noch ein.

Ihre ergebene Dienerin **Rosa Kindler**.

Nur einen Moment hatte **Grethe** den Kopf in die Hand gestützt, dann erbrach sie auch den zweiten Brief; er war von dem Geschäftsführer ihres Hauses und enthielt nur folgendes:

„Berehrte Frau!“

Ich muß Sie dringend ersuchen, sofort ihre Rückreise anzutreten — bitte Sie aber auch zugleich, auf traurige Neuigkeiten gefaßt zu sein.

Mit hochachtungsvoller Ergebenheit

**Leopold Werner**.

Sie hatte die beiden Briefe vor sich auf den Tisch gelegt, das blasse Gesicht war noch blässer ge-

worden und die zitternden Hände preßten sich nun auf das stürmisch schlagende Herz.

Augustin nach dem Bahnhof gefahren — nicht wiedergekommen? Warum tauchte da plötzlich vor ihrem geistigen Auge das wunderschöne Antlitz der Sängerin auf, der ihr Gatte ein Vermögen zu Füßen gelegt, — warum sah sie wieder die kleine Hand und das berückende Lächeln, mit dem die Signora anscheinend Augustin ein Zeichen gegeben, und wie er dieses Zeichen mit einem verstockten Kopfnicken beantwortete — und nun wußte sie es: er — ihr Gatte — Augustin Herber hatte sein Haus und sein Weib verlassen, um mit der Sängerin zu gehen, weit hinaus in die Welt, was wußte sie, wohin! Sie war aufgesprungen, ein stehender Schmerz durchzuckte ihr Herz — „aber warum kamen denn die vielen fremden Leute, von denen die Hofe geschrieben, in das Haus, was wollten sie, womit beschimpften sie sie, sollte —?“ Sie stöhnte laut auf, dann eilte sie in die Ecke des Gemachs, wo das kleine Reisekofferchen stand, mit fliegender Hast öffnete sie es und entnahm einem der Seitentäschchen dieselben ein weißes aufschriftloses Couvert; es war daselbe, das ihr der Gatte in der Abschiedsstunde gegeben, behutsam schnitt sie es mit einem Federmesser an einer Seite auf. Papiere fielen heraus — Werte — sie hatte es ja gewußt, aber woran ihre Seele nicht gedacht, was sie auch nicht im entferntesten geahnt hatte, war — in welcher Höhe. Augustin Herber hatte, leichtfertig nur in ein dünnes Briefcouvert gefüllt, ein Vermögen in die Hand seiner Frau gelegt — ein ziemlich bedeutendes Vermögen.

(Fortsetzung folgt.)